

Bluterskandal Kränkelnde Stiftung

Menschen, die in den Achtzigerjahren durch verunreinigte Blutprodukte mit HIV infiziert wurden, bangen um ihre Entschädigung. Die Mittel der 1995 eingerichteten Stiftung „Humanitäre Hilfe für durch Blutprodukte HIV-infizierte Personen“ werden laut Prognos-Institut 2016 aufgebraucht sein; zusätzlich 190 bis 250 Millionen Euro seien erforderlich, um alle Betroffenen bis ans Lebensende zu unterstützen. Über 1500 Menschen wurden im Bluterskandal durch verunreinigte Präparate angesteckt, rund 550 leben noch. HIV-Infizierte bekommen knapp 770 Euro pro Monat, Aidskranke rund 1500 Euro. Bislang wurde die Stiftung von Bund, Ländern, den betroffenen Pharmaunternehmen und den Blutspendediensten des Deutschen Roten Kreuzes (DRK) finanziert. Die Pharmaindustrie und das DRK haben ihre Unterstützung zurückgefahren und würden dies gern weiter tun. Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe (CDU) hält die Arbeit der Stiftung jedoch für „unverzichtbar“ und wirbt für „sowohl kurzfristige als auch langfristige Lösungen“ durch alle Beteiligten. Der letzte Anspruchsberechtigte wird laut

einer Prognose bis ins Jahr 2070 leben. CDU-Politiker Jens Spahn, Vorsitzender des Stiftungsrats, fordert alle Parteien auf, sich nun „zügig an einen Tisch“ zu setzen. akm, cos

AfD Geheimtreffen in Berlin

Bei ihrer Suche nach Bündnispartnern im EU-Parlament ist die eurokritische Alternative für Deutschland (AfD) einen Schritt weitergekommen. Parteichef Bernd Lucke konnte Martin Callanan, Mitglied der britischen Konservativen und Chef der europaskeptischen ECR-Fraktion, zu einem Geheimtreffen in Berlin bewegen. Ende April sondierten die Politiker bei einem Frühstück im Hotel Adlon eine mögliche Zusammenarbeit. „Das Treffen war für die AfD äußerst erfreulich“, sagt ein Parteisprecher, „auch wenn Herr Callanan keine feste Zusage gemacht hat.“ Doch allein mit dem Termin für Lucke düpierte Callanan seinen Parteichef David Cameron. Der britische Premier hatte Kanzlerin Angela Merkel bei ihrem London-Besuch versprochen, seine Partei werde keinerlei Kooperation mit den deutschen Eurogegnern eingehen. ama

Juli Zeh Die Klassensprecherin

Wählen ist Selbstverteidigung



Kinder, es ist zum Verrücktwerden. Schon bei der letzten Bundestagswahl konnte es einem den letzten Nerv rauben, wie sich Nichtwähler auf einmal öffentlich als überlegene politische Klasse präsentieren, die sich zu fein ist, das elementarste demokratische Recht auszuüben. Gut, Bundestagswahl – war vielleicht langweilig, keine Richtungsentscheidungen, CDU, SPD, am

Ende alles dasselbe. Aber Europa? Nach den aktuellen Umfragen interessieren sich 57 Prozent der Deutschen „weniger“ oder „gar nicht“ für die Europawahl. 20 Prozent wissen nicht einmal, wer Schulz oder Juncker sind.

Kein Mensch kann ernsthaft behaupten, dass die anstehende Wahl keine Rolle spiele. Im Gegenteil, es geht um sehr viel. Gerade hat uns eine gewisse Conchita Wurst noch einmal allegorisch vor Augen geführt, wofür dieses Europa steht. Allen Unkenrufen zum Trotz: Europa ist eine Wertegemeinschaft. „Europa“ ist eine Antwort auf die Frage, wie wir in den kommenden Jahrzehnten auf diesem Kontinent zusammenleben wollen.

Diese Wahl könnte zu einem Wendepunkt werden – und zwar in eine Richtung, die eine Mehrheit der Menschen in unserem Land definitiv nicht will. In vielen Mitgliedsländern sehen wir uns einem rasanten Anwachsen rechtspopulistischer, EU-feindlicher, zum Teil sogar rassistischer Kräfte gegenüber. Ukip will, dass Großbritannien die EU verlässt. Die AfD glaubt, man könne einfach mal so ein paar Eurostaaten aus der Währungsunion schmeißen. Der Front National in Frankreich will Grenzkontrollen zurück, den Austritt aus der Nato und eine offene Ablehnung von „anormaler“ moderner Kunst. Diese Liste ließe sich endlos fortsetzen.

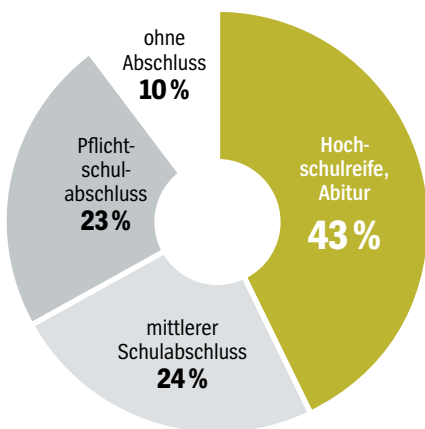
All diese Parteien haben eins gemeinsam: Sie lehnen das vereinte Europa ab. Nach den Prognosen werden sie möglicherweise genug Abgeordnete ins Europäische Parlament entsenden, um den politischen Prozess erodieren zu lassen. Erstmals haben die Bürger bei dieser Wahl die Möglichkeit, über die Besetzung des höchsten Amtes in der EU mitzubestimmen. Im traurigsten Fall könnten rechtslastige Mehrheitsverhältnisse dafür sorgen, dass weder Schulz noch Juncker Kommissionspräsident werden. Das würde der bitter nötigen Demokratisierung der EU einen Stoß versetzen und zu noch mehr Europaverdrossenheit führen.

Kinder, ihr müsst begreifen, dass Nicht-Wählen keine elegante Form der Enthaltung darstellt. Jeder Nicht-Wähler gibt seine Stimme den Europafeinden, die massiv vom Rand in die Mitte drängen. Selbst wer von Europa nicht mehr will als eine niedrige Inflationsrate und Spanienurlaube ohne Passkontrollen, muss sich aufmachen, an der Urne zu seinen Wünschen zu stehen. Rafft euch auf. Gebt zu, dass ihr Europa liebt, hört auf, von Gurken und Glühbirnen zu schwafeln. Geht am Sonntag da hin, wählt von mir aus CDU, wenn es unbedingt sein muss. Das hier ist kein Wahlaufzuruf. Das ist ein Aufruf zur politischen Selbstverteidigung.

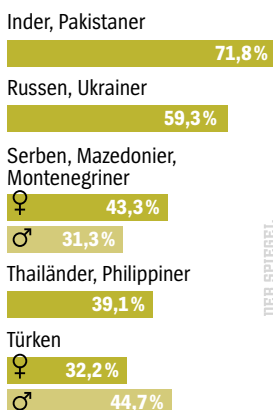
An dieser Stelle schreiben drei Kolumnisten im Wechsel. Nächste Woche ist Jakob Augstein an der Reihe, danach Jan Fleischhauer.

Zuwanderung Nachzügler mit Niveau

Höchster Schulabschluss nach Deutschland zugezogener Ehegatten aus Nicht-EU-Ländern



Ehegatten mit Hochschulreife/Abitur



Quelle: Bamf-Heiratsmigrationsstudie 2013

DER SPIEGEL